

Künstliche Intelligenz in der Schule

KI beschäftigt die Gesellschaft. Im Kanton Solothurn hat die EVP zwei politische Vorstösse* zum Umgang mit KI in der Schule lanciert. Der Primarlehrer, PICTS und EVP-Politiker Elia Leiser ordnet die Situation im Gespräch ein.



Elia Leiser (r.) befürwortet den Einsatz von KI im Unterricht. Der Primarlehrer, PICTS und Präsident der EVP Kanton Solothurn fordert aber Grundlagen und griffige Bestimmungen im Umgang damit.

Susanne Schneider: Elia, du bist Präsident der EVP Kanton Solothurn. Die Partei hat im Kantonsrat zwei politische Vorstösse zur KI lanciert. Der zweite Vorstoss bezieht sich explizit auf Bildungseinrichtungen und verlangt von der Regierung zeitnah Richtlinien im Umgang mit KI.

Elia Leiser: Solche Grundlagen sind nötig, weil ein neues Zeitalter beginnt. Wie bei jeder Entwicklung gibt es auch im Umgang mit dem Werkzeug KI Chancen und Risiken. Im Moment überlassen wir in vielen Bereichen

unseres Lebens das Beurteilen, Bewerten und Klassifizieren den Tech-Giganten. Wir wissen aber nicht, was im Hintergrund abläuft, wie die Algorithmen zu ihren Resultaten kommen, auf welche Daten sie sich stützen.

In welchem konkreten Bereich der Schule kann dies heikel sein?

Nehmen wir etwa den Übertritt in die Sekundarstufe I. Angenommen wir füttern ein Programm mit gewissen Kennzahlen über eine Schülerin oder einen Schüler und die KI spuckt dann

aus, dass das Kind zu 65 Prozent in die Sek E und zu 35 Prozent in die Sek B gehört: Was macht das mit uns Lehrpersonen? Und was macht das mit den Eltern, die mittels KI ebenfalls Berechnungen anstellen können? Überall dort, wo es solche Scoring-Systeme und andere Beurteilungen gibt, kann es heikel werden.

Das wird aber nicht tatsächlich praktiziert, oder?

Mir wäre nichts solches bekannt, aber möglich wäre es. Aktuell haben wir

eine Situation wie im Wilden Westen – es fehlen Rahmenbedingungen, gesetzliche Grundlagen und griffige Bestimmungen, die Lehrpersonen, Schulleitungen sowie Schülerinnen und Schüler im Umgang mit KI befähigen. Jeder und jede handelt nach bestem Wissen und Gewissen. Mir wäre zudem Transparenz gegenüber den Erziehungsberechtigten sowie den Schülerinnen und Schülern wichtig, weil diese Vertrauen schafft.

Du befürwortest also den Einsatz von KI im Unterricht?

Selbstverständlich. Unlängst liess ich mich mittels KI für eine Unihockey-Unterrichtseinheit inspirieren, und ich verwende KI gerne, um clevere Schätzfragen zu generieren. Mithilfe von KI konnte ich zudem schon Übersetzungen für eine ukrainische Schülerin vornehmen lassen oder ein schwieriges Mail schreiben. Und natürlich thematisiere ich KI mit den Schülerinnen und Schülern. So haben wir Texte von ihnen sowohl von mir als auch von der KI bewerten lassen. Das war ein interessantes Experiment für uns alle. Dank KI kann man ferner ohne grossen Aufwand Arbeitsblätter erstellen, was die Vorbereitung effizienter macht und zusätzliche Möglichkeiten der Individualisierung eröffnet.

Einer der Vorteile könnte sein, so liest man zumindest, dass KI zur Chancengerechtigkeit beiträgt, indem Wissen demokratisiert wird.

Diese Einschätzung teile ich nur bedingt. Denn letztlich kommt es darauf an, welche KI man benützt. Kostenlose Programme liefern weniger gute Resultate – und diese Resultate bezahlen wir erst noch mit unseren Daten. Gute KI kostet. So gesehen besteht die Gefahr, dass sich die Chancengerechtigkeit eher vergrössert, denn nicht alle Gemeinden wollen oder können sich gute KI leisten.

Der Auftrag der EVP fordert Grundlagen. Worin könnten diese konkret bestehen?

Letztlich in allem, was Lehrpersonen, Schulleitungen sowie Schülerinnen und Schüler im Umgang mit IT befähigt. Andere Kantone, etwa Zürich, haben aktiver auf die jüngsten Entwicklungen reagiert und Schulleitungen und Lehrpersonen im Umgang mit KI geschult.

Als ich 2022 einen CAS in IT-Management absolvierte, war ich die einzige Lehrperson in meiner Seminargruppe. Die anderen Teilnehmenden waren vorwiegend IT-Fachpersonen aus der Privatwirtschaft oder aus Gemeinden. Fragen der Automatisierungen sind bei ihnen schon länger an der Tagesordnung. Wenn also die Solothurner Regierung auf unsere Kleine Anfrage antwortet, dass im kantonalen Verwaltungsbereich keine KI eingesetzt werde und man keine Erfahrung damit habe, droht der Kanton, abgehängt zu werden. Mir wurde in meiner Weiterbildung zudem klar, dass die Diskussion über den Umgang mit KI die Schulen noch zu wenig erreicht hat und dass Lehrpersonen diesbezüglich zu wenig Unterstützung erhalten. Allein schon in rechtlicher Hinsicht herrscht grosse Verunsicherung, was man tun und nicht tun darf.

Aktuell haben wir eine Situation wie im Wilden Westen – es fehlen Rahmenbedingungen, gesetzliche Grundlagen und griffige Bestimmungen, die Lehrpersonen, Schulleitungen sowie Schülerinnen und Schüler im Umgang mit KI befähigen.

Die Regierung schreibt in ihrer Antwort, dass die Volksschulen im Kanton Solothurn in Sachen KI «grundsätzlich gut» unterwegs seien. Sie beruft sich unter anderem auf das in jeder Schule existierende ICT-Entwicklungskonzept und die PICTS, welche Lehrpersonen im Umgang mit technologischen Neuerungen begleiten.

Diese Antwort befriedigt mich nicht, im Gegenteil, sie verkennt den Schulalltag. Ich bin selber als PICTS tätig. Die mir und meiner PICTS-Kollegin zur Verfügung stehenden Ressourcen von insgesamt sieben Lektionen pro Woche an der Primarschule Langendorf reichen bei Weitem nicht aus, um die Herausforderungen im Umgang mit KI zu stemmen. Tatsache ist, dass ein grosser Teil der Lektionen für die

Unterstützung der Lehrpersonen bei technischen Fragen eingesetzt wird. Wenn der Drucker oder das Internet einer Lehrperson nicht funktioniert, hat das zwangsläufig Vorrang. Die restlichen Lektionen wenden wir auf, um Lehrpersonen pädagogisch zu begleiten, etwa bei einem Stop-Motion-Projekt, oder wir informieren sie über Neuerungen.

Mich befremdet zudem, dass der Regierungsrat den Ball an die Schulen zurückspielt und jede Schule für sich schauen soll. Ist das sinnvoll? Und ist es nicht vermessen zu verlangen, dass die Schulen selber Grundlagen schaffen? Könnte nicht zum Beispiel eine Expertinnen- und Expertengruppe mit Vertreterinnen und Vertretern verschiedener Schulen gebildet werden? Wir müssen aktuellen und zukünftigen Herausforderungen agiler begegnen.

Du hast eingangs erwähnt, dass KI viele Bereiche unseres Lebens durchdringt. Gibt es Bereiche, die vergleichbar sind mit der Schule?

Denken wir an Bewerbungsverfahren. In vielen Unternehmen übernimmt KI die Selektion der Bewerbungs dossiers. Je nachdem auf welche Datenbank sich die KI dabei stützt, werden dadurch Bewerberinnen und Bewerber diskriminiert. Denn die Datenbank wird ja durch unsere Erfahrungen gefüttert.

Die Medizin ist ein weiterer Bereich. In Dänemark unterstützt KI die Mitarbeitenden des Notrufs und kann mit grösserer Genauigkeit als der Mensch erkennen, ob die Anruferin oder der Anrufer einen Herzinfarkt hat. Wir müssen aber nicht ins Ausland gehen, in Bern wurde beispielsweise das Zentrum für künstliche Intelligenz in der Medizin gegründet. Es zeigt einfach, dass sich die Welt schneller dreht und auch der Kanton Solothurn davor nicht die Augen verschliessen darf.

Im Auftrag der EVP ist die Rede von ethischen und rechtlichen Fragen, die für die Schulen wichtig sind.

Nach der Antwort der Regierung auf die Kleine Anfrage und einem Austausch mit Expertinnen und Experten haben EVP-Kantonsrat André Wyss und ich geschaut, in welchen Bereichen der Kanton besonders in der Verantwortung steht.

Artikel 1 der Menschenrechte erwähnt die Freiheit jedes Menschen und Artikel 2 verweist auf den Schutz vor Diskriminierung. Wie im obigen Beispiel zur Personalrekrutierung besteht auch in der Schule die Gefahr der Diskriminierung. KI ist eine Datenbank und die Resultate, die uns der Computer ausspuckt, basieren auf Algorithmen. Unsere Schülerinnen und Schüler sind aber Individuen, und diese lassen sich nicht in eine Statistik pressen. Es braucht Transparenz, sodass wir nachvollziehen können, aufgrund welcher Daten die Maschine zu ihrem Resultat kommt. Und wie in der Medizin geht es auch in der Schule um sensible Daten und entsprechend ist die Frage des Datenschutzes zentral. Letztlich sind es aber Fragen, die sich die ganze Gesellschaft stellen muss. Wichtig ist, dass wir beginnen, uns mit diesem Werkzeug auseinanderzusetzen, und zwar so, dass es dem Menschen dient und nicht amerikanischen und chinesischen Tech-Giganten.

KI ist eine Datenbank, und die Resultate, die uns der Computer ausspuckt, basieren auf Algorithmen. Unsere Schülerinnen und Schüler sind aber Individuen, und diese lassen sich nicht in eine Statistik pressen.

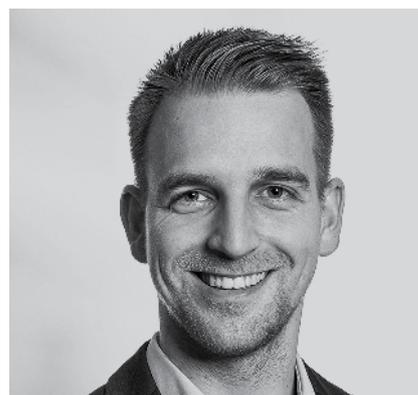
Die Regierung hat den Auftrag mit geändertem Wortlaut für erheblich erklärt. Wie stehst du dazu?

Der geänderte Wortlaut ist meiner Meinung nach zu abwartend. Die Regierung schreibt, dass man sich innerhalb «der bestehenden Strategien» bewegen werde. Vor dem Hintergrund, dass sich in der kantonalen Digitalisierungsstrategie «Impulsprogramm SO! Digital 2023–2025» nichts zum Thema KI findet, ist das zu zögerlich.

Was mich auch stört: Im geänderten Wortlaut weist die Regierung auf die Mehrkosten hin. Das macht nicht den Eindruck, dass sie sich der Thematik entschlossen annehmen will, sondern wirkt auf mich so, als möchte sie vor den Kosten warnen. Die Gefahr besteht, dass das gleiche geschieht wie mit der Informatischen Bildung: Diese ist in unserem Kanton zwar seit 2005 Teil der Lektionentafel, jedoch werden angehende Lehrpersonen erst seit 2018 darin ausgebildet.

Ich bin froh, hat die BIKUKO die Dringlichkeit der Thematik ebenfalls erkannt und sich für den ursprünglichen Auftragstext ausgesprochen. Bleibt zu hoffen, dass der Kantonsrat der Empfehlung der BIKUKO folgen wird.

* Die beiden EVP-Vorstösse sind im Politspiegel auf Seite 27 zusammengefasst.



Fotos: zVg

zur Person

Elia Leiser ist Klassenlehrer einer 5./6. Klasse und PICTS (Pädagogischer ICT Supporter) in Langendorf. Er ist zudem Präsident der EVP Kanton Solothurn. Die EVP hat im Kantonsrat zwei politische Vorstösse (Kleine Anfrage; Auftrag) zum Thema KI lanciert. Der Auftrag will die Regierung damit beauftragen, «zeitnah» Grundlagen für Bildungseinrichtungen im Umgang mit KI zu schaffen.

Interview: SUSANNE SCHNEIDER
Redaktorin Schulblatt

PH LUZERN
PÄDAGOGISCHE
HOCHSCHULE

PH^{SG}
Pädagogische Hochschule
St. Gallen

**Jetzt
anmelden!**



www.phlu.ch

CAS Kinderrechte, Demokratie und Menschenrechte leben, lernen und lehren

Demokratiebildung, Menschenrechtsbildung und Politische Bildung vereint: werden Sie zur Schlüsselpersonen kinderrechts-, demokratie- und menschenrechtsbewusster Haltungen und Handlungen.